

Politik : Frührente ohne soziale Abfederung

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **35 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Frührente ohne soziale Abfederung

Der Nationalrat erhöht das Rentenalter der Frauen auf 65 Jahre. Gleichzeitig baut er den Spielraum für die Frühpensionierung aus. Allerdings bei voller Rentenkürzung auch für tiefe Löhne. Die Linke droht mit dem Referendum. Von René Lenzin

Bereits ist es vier Jahre her, seit das Volk die 11. Revision der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 68 Prozent versenkt hat. Und noch immer ist keine breit abgestützte Neuauflage in Sicht. Zwar hat der Nationalrat in der Frühjahrsession eine AHV-Reform verabschiedet. Aber allein schon das Abstimmungsergebnis von 97 zu 89 Stimmen zeigt, wie umstritten das Geschäft immer noch ist.

Insgesamt will der Nationalrat die AHV-Kasse um 800 Millionen Franken pro Jahr entlasten. Die wichtigste Massnahme dazu ist die Angleichung des Rentenalters der Frauen an dasjenige der Männer: Statt mit 64 sollen künftig auch sie mit 65 Jahren in Pension gehen. Diese Massnahme sei ein kleiner Schritt, um die künftigen Probleme der Altersvorsorge anzugehen, argumentierte die Ratsrechte. Die Überalterung der Gesellschaft werde der AHV bald finanzielle Engpässe bescheren.

Die Ratslinke will das höhere Rentenalter der Frauen jedoch nur akzeptieren, wenn gleichzeitig die Frühpensionierung erleichtert wird. Sie verlangt, dass Personen mit kleinen und mittleren Einkommen die Rente beim Vorbezug weniger gekürzt wird, als es rein versicherungsmathematisch notwendig wäre. An diesem Punkt scheiden sich die Geister. Einigkeit herrscht nur darüber, dass es mehr Flexibilität beim Pensionsalter braucht. Künftig sollen alle das Recht haben, ihre Rente ab dem 60. Lebensjahr zu beziehen oder bis zum 70. Lebensjahr aufzuschieben. Die Mehrheit will aber die Ersparnisse aus dem höheren Rentenalter der Frauen nicht für eine erleichterte Frühpensionierung einsetzen, weil das falsche Anreize setze.

Ohne diese soziale Abfederung bleibe der vorzeitige Rentenbezug ein Privileg der Wohlhabenden, entgegnet die Linke. Praktisch dieselbe Vorlage habe das Volk bereits 2004 abgelehnt. Bleibe es dabei, werde man

erneut das Referendum ergreifen. Als Joker hält die Linke eine Volksinitiative der Gewerkschaften in der Hinterhand, die bis zu einem Einkommen von 120 000 Franken eine ungekürzte Rente ab 62 Jahren verlangt. Diese Initiative würde der AHV jährliche Mehrkosten von 1,4 Milliarden bescheren.

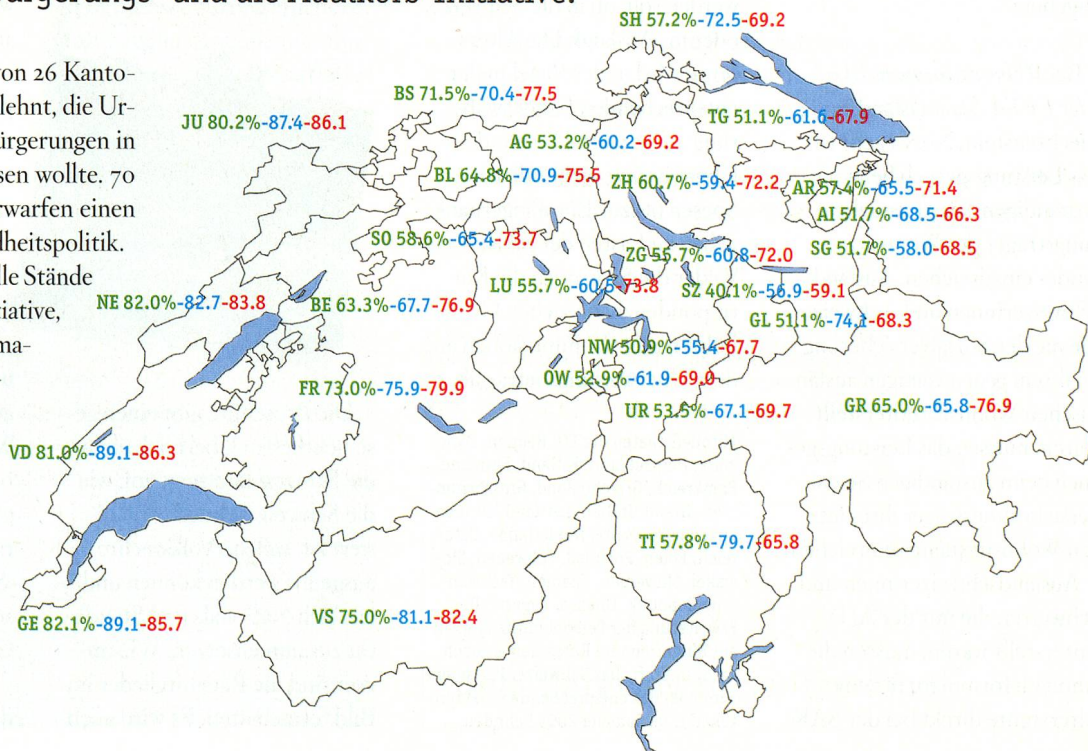
Auch Sozialminister Pascal Couchepin befürchtet, dass das Volk die Reform des Nationalrats ablehnt. Trotzdem stellt er sich gegen das Modell der Linken, weil dieses nach dem Giesskannenprinzip funktioniere, von dem zum Beispiel auch seine Frau profitieren würde. Couchepin hatte ein Modell vorgeschlagen, das sich an den Ergänzungsleistungen orientiert: Nur wer den Bedarf nachweisen kann, erhält finanzielle Unterstützung für die vorzeitige Pensionierung. Im Nationalrat ist diese Idee jedoch durchgefallen. Nun liegt es am Ständerat, eine Lösung zu suchen, die sowohl im Parlament als auch beim Volk mehrheitsfähig ist.

Keine Einbürgerungen an der Urne

Dreimal Nein: Volk und Stände verwarfen am 1. Juni den Gesundheitsartikel sowie die Einbürgerungs- und die Maulkorb-Initiative.

64 Prozent des Volks und 25 von 26 Kantonen haben eine Initiative abgelehnt, die Urnenabstimmungen über Einbürgerungen in den Gemeinden wieder zulassen wollte. 70 Prozent und alle Kantone verwarfen einen Verfassungsartikel zur Gesundheitspolitik. Gar 75 Prozent und ebenfalls alle Stände sagten Nein zur Maulkorb-Initiative, welche die Abstimmungsinformation des Bundesrats auf ein Minimum beschränkt hätte.

RL



Nein-Stimmen Anteil in den Kantonen in Prozent

- Einbürgerung
- Gesundheit
- Maulkorb